

Sachsenzeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsenzeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Druck im Monat, bei Zustellung durch die Boten. Preis: Bei Abholung in Mark, bei Postbestellung 10 Pfennig. Einzelnummern 10 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsenzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa u. a.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Angelagerung: Die 2. gestaffelte Nummer 20 Pfennig, die 3. gestaffelte Nummer 30 Pfennig. Die 4. gestaffelte Nummer 40 Pfennig. Die 5. gestaffelte Nummer 50 Pfennig. Die 6. gestaffelte Nummer 60 Pfennig. Die 7. gestaffelte Nummer 70 Pfennig. Die 8. gestaffelte Nummer 80 Pfennig. Die 9. gestaffelte Nummer 90 Pfennig. Die 10. gestaffelte Nummer 1.00 Pfennig. Die 11. gestaffelte Nummer 1.10 Pfennig. Die 12. gestaffelte Nummer 1.20 Pfennig. Die 13. gestaffelte Nummer 1.30 Pfennig. Die 14. gestaffelte Nummer 1.40 Pfennig. Die 15. gestaffelte Nummer 1.50 Pfennig. Die 16. gestaffelte Nummer 1.60 Pfennig. Die 17. gestaffelte Nummer 1.70 Pfennig. Die 18. gestaffelte Nummer 1.80 Pfennig. Die 19. gestaffelte Nummer 1.90 Pfennig. Die 20. gestaffelte Nummer 2.00 Pfennig.

Nr. 47 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonntag 24. Februar 1924

Wochenrückblicke.

„Das Alte stürzt...“ - Zwing-Uri - Nicht alle Trümpfe stehen - Der Wendepunkt - „Hexenabbath“ - Der böllische Vormarsch - Die neuen Beamtegeschäfte - Beelzebub Poincaré - Rücktrittsforderung der Regierung und Kammer - „Macht mir den Teufel nur nicht klein...“

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, — und neues Leben blüht aus den Ruinen!“ Die letzten Worte fast sind es, die Schiller den sterbenden Freiherren von Klingsbauern sprechen läßt, bevor dieser, Walter Fürst und Stauffachers Hände in den feindlichen Hallen, den Landknechten aus Uri und Schwyz, aus Unterwalden und den anderen Schweizer Waldstätten sein „Seid einig, einig, einig“ — als letzten Scheideausrufer hinausschreit. — Das „Zwing-Uri“, das Deutschland unter dem marxistischen roten Banner zu bemitleiden trachtete all die letzten Jahre, — es hat seine Schreden verloren. Mögen zahlreiche Nachläufer dieses Banners bis in die Kreise der Träger desselben hinein auch im Zeichen höchster Verzweiflung sich bemühen, die Fahnenflucht unter den noch rötlicheren Sowjetsternen zu versuchen — ein legitimes Aufstöhnen noch, eine allerletzte Spekulation. Die Paraderbeute dieser Abenteuer haben ihre Trümpfe ausgepielt. Kein einziger ist in ihren Händen verblieben. Und jeder Trumpf zeigte sich als zu schwach, gemessen am Spiel der Kräfte der Vernunft. Die Stechtrümpfe fehlten! —

Mit den Gemeindevorwahlen im Freistaat Sachsen begannen die zwar äußerlichen, aber in ihrer Sprache so überzeugender wirkenden Zeichen der nahenden Wendung. Die Landtagswahlen in Thüringen brachten die ersten Beweise zum Ausdruck. Die gleichen Wahlen in Mecklenburg aber sprachen eine Sprache, die an Überzeugungswacht nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Die SPD stürzte von rund 140 000 auf 70 000 Stimmen! Wenn dagegen die Sozialdemokraten um 30 000 Stimmen zunahmen, so bewiesen diese nur unsere einseitigen Ausführungen. Wenn aber die Deutschnationalen von 73 000 auf rund 90 000 emporschnitten konnten trotz der den Deutschnationalen fast voll hinzuzurechnenden 60 000 Stimmen der Deutschvölkischen, so ist gegen diesen „Hexenabbath“, wie sich die Linksblogger äußern, einfach nichts zu sagen, was noch Anspruch darauf erhebt, als parlamentarische Ausdrucksweise anerkannt zu werden. Daß die Deutsche Volkspartei von 60 000 auf 25 000, die Demokraten von 14 000 auf 11 000 zurückgingen, hat niemand bedauert, niemanden überrascht. Das Alte stürzt wie das Ueberlebte. Der Mangel an Taten hat nun einmal keinen Anspruch darauf, für sich einzunehmen und weitere Wählerchancen anzudeuten. Es blüht dann eben neues Leben aus den Ruinen... „Mit den bisherigen Mitteln der Parteilit“ — so sagt der „Vorwärts“ in nüchterner Gelassenheit — „ist der böllische Vormarsch und sein starker Rud nach ganz rechts nicht zu fassen“...

Aber nicht nur das Alte stürzt. Es fällt auch manches Neue, wenn es zum Halten nicht grundmauerfest gefügt war. Man braucht dabei nun noch lange nicht an diesen oder jenen unserer Staatslenker oder Ministerpräsidenten, auch nicht an Herren von Rahr, den bayerischen Reden, oder an die Inhaber der vollziehenden Gewalt, die Hüter des Ausnahmezustandes, in den nicht-sozialistischen Landesstellen des Deutschen Reiches zu denken. (Ueber das Fallenlassen dieser werden ja noch ernsthaftere Worte zu reden sein!) Auch nicht an die Rentennarr, deren Stützen von überängstlichen Gemütern immer dann schon gleich besätigt wird, wenn der Schweizerfranken einmal um ein paar lumpige Hundertsteldrogen hinausfrüchte, deren Einkünfte aber von gewissen, durch Gesinnungsumplöckung auf Kosten ihrer Mitmenschen und zum Vorteile ihres Geldbeutels bekannten Leuten aus tiefstem Herzen herbeigeführt wird. Alles Neuerscheinungen, denen der Stempel der Unbeständigkeit von Geburt an zum Teil schon ausgebrütet war. Zu den dem Fallen gewichenen Erscheinungen gehört aber noch etwas, an dem ein großer, und wohllich nicht der schlechteste, Teil unserer Reichsbürocr ein erhebliches Interesse hat: dem Fallenlassen der Beamtenbesoldungsordnung vom Ende des Jahres 1923. Die Unmöglichkeit der Erhaltung dieser „Neuordnung“ wurde ja an dieser Stelle des Hieren hervorgehoben. Haben auch die Lebensmittelpreise vom Dezember an bis heute eine erschreckliche Neigung zur Senkung gezeigt und erwiesen, — ist auch (um mit Jonathan Swift zu reden) „Brot der Elend des Lebens“, — soll auch der Beamte wie andere Menschen „im Schweiße seines Angesichts sein Brot essen“ (1. Moses 3, 19). — „Lebt der Mensch doch nicht vom Brot allein“ (Matth. 4, 4). Auch nicht der Beamte. Nun soll eine „immerhin wesentliche Erhöhung“ der Beamtengehälter — wie man in den zwar in wünschlichen Dunkel gehüllten, immerhin aber zumweilen gut orientierten „gewissen Kreisen“ zu wissen glaubt — zum 1. April d. J. vorgeschlagen sein. Mögen die gewissen Kreise diesmal Zutreffendes orakeln. Zu wünschen ist der Beamtenschaft, die durch den Wadenteufel und ähnliches obnehin genug an Beunruhigungspillen seitler zu schlucken bekommen hat. —

Wenn, wie es in einem bösländischen Sprichwort heißt, jeder Teufel seine Stunde regiert, so wird Beelzebub Poincaré selber wohl nun auch bald zum Schlagen seiner letzten Stunde ausbolen. Schon „brohte“ er dem Senate seinen Rücktritt an. Schon fordert der „Manchester Guardian“, ein Londoner Blatt, in seinen Leitartikeln Poincarés Rücktritt, indem es ihm und in seinen allein die Hauptschuld zuschiebt am Stürzen des Kronen um 50 Prozent und seine letzte Stunde als gekommen sieht.

Günstiger Verlauf der deutsch-englischen Verhandlungen.

Deutsch-englische Verhandlungen über die 26prozentige Abgabe.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
London, 23. Februar. „Daily Telegraph“ kündigt an, daß die englische Regierung im Laufe der nächsten Woche einen Gesandtschaftsbesuch einbringen werde über die Regelung der 26prozentigen Reparationsabgabe nicht aus Deutschland eingeführter Waren. Die Verhandlungen der deutsch-englischen Sachverständigenkommission mit der englischen Regierung über die Regelung der Rückvergütung der Reparationsabgaben nehmen einen günstigen Verlauf.

Keine Rückgabe der deutschen Kolonien.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
Paris, 23. Februar. Zu der gestern im „Antirassigant“ veröffentlichten Information, daß der Sachverständigenauschuß die Rückgabe der deutschen Kolonien an Deutschland gefordert habe, erklärt der erste Sachverständigenauschuß, daß diese Nachricht vollkommen erfunden sei und daß dieser Vorschlag keinesfalls von der Sachverständigenkommission gemacht worden sei.

Verlängerung des Belagerungszustandes über Pirmasens.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
Paris, 23. Februar. „Havas“ meldet aus Koblenz, die Rheinlandkommission habe den Belagerungszustand im Kreise Pirmasens bis zum 29. Februar verlängert. Sie habe die Ansicht geäußert, daß kein Grund vorhanden sei, den Belagerungszustand auf andere Orte auszudehnen.

Frankreich sucht Beweise

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
Pirmasens, 22. Februar. Der Bezirksdelegierte von Pirmasens richtete an den Bürgermeister das Ansuchen, eine Liste derjenigen Personen herzustellen, die bei dem Sturm auf das Bezirksamtsgelände beteiligt waren. Als der Bürgermeister diese Aufforderung ablehnte, erklärte der französische Delegierte, er müsse unbedingt Beweise für die französische Regierung dar-

Schon fordert die französische Linkspresse rücksichtslos den Rücktritt der gesamten Regierung und fügt hinzu, daß auch die Kammer sofort mit zu verschwinden habe. Und wenn der Beherrschter Frankreichs sich — wie die „Chicago Tribune“ zu melden weiß — grundsätzlich mit den Schlussfolgerungen der Berichte der Dames-Kommission einverstanden erklärt, die die Räumung des Ruhrgebietes und die rein geschäftliche Lösung des Reparationsproblems vorseht, so läßt das alles darauf schließen, daß auch die Augen anderer bei einem heimlichen Seitenblick in die Karten Poincarés die Entbedung machen müßten, daß auch er nicht nur über Stechtrümpfe verfügt. — Es kann hier wirklich der Ploß nicht sein, dem Manne, der so viel des Glanzes über Deutschland gebracht, der so unerbittlich an Schuld auf sein schuldloses Haupt geladen hat bezüglich der uns angetanen Schmach, auch nur das kleinste Vorstücken zu einer goldenen Rückzugsbrücke zu liefern: — im tiefsten deutschen Innern war man doch zuweilen geneigt, dem Erzfeind den Mann zu neiden. Wie sagt doch Goethe in den „Söhnen Kenies“?

„Macht mir den Teufel nur nicht klein.
Ein Keil, den alle Menschen hassen —
Der muß was sein!“
Jupiter.

„Namens der deutschen Frauen“?

Die Reichstags- und Landtagsberichte können in der „Sachsenzeitung“ immer nur in verhältnismäßig gekürzten Auszügen wiedergegeben werden. Die technischen Möglichkeiten erlauben es nur, ab und zu einmal einen längeren Bericht darzubieten zu können oder eine wichtige Rede ausführlicher zu bringen. Dieser Anlaß ist heute gegeben. Die Rede des deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. Karl Hefflerich vom Donnerstag verlangt, eingehender behandelt zu werden. Hefflerich, selbst Wähler, führte etwa folgendes aus:

„Unsere Wähler Landsleute haben gezeigt, daß deutsche Treue noch kein leerer Schall geworden ist, daß man uns entreden, aber nicht knechten kann. Dort in der Pfalz, Herr Reichsaussenminister, nicht im Auslande, sehe ich das Morgenrot der deutschen Freiheit. Ludwig XIV. steigt wieder aus seinem Grabe. Das „Brutale le polain!“ (Verbrennt die Pfalz!) klingt uns wieder in die Ohren. Grausamkeit wird noch heute als das beste Mittel genannt, um den deutschen Widerstand zu brechen. Neben dieser jabschischen Grausamkeit steht die scham-

über erbringen, daß echt preussische nationalistische Organisationen den Angriff ausgeführt hätten. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß eine neue Greuelpropaganda, ähnlich wie während des Krieges, gegen Deutschland einsetzen soll, um dadurch die Verantwortung für die Vorgänge in der Pfalz von der französischen Regierung abzuwälzen.

Der Franken soll gestiftet werden.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
Paris, 23. Februar. Nach der letzten Nachsitzung hat die Kommission den Finanzgesandtschaftsbesuch der Regierung betr. Frontenstufung mit 354 gegen 218 Stimmen angenommen.

Um die deutschen Auslandsguthaben.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
Paris, 22. Februar. Das zweite Sachverständigenkomitee ist sich gestern einstimmig über die Höhe der deutschen Auslandsguthaben schlüssig geworden. Man glaubt, daß der Umfang dieser Guthaben erst bei der Ueberreichung der Sachverständigenberichte an die Reparationskommission bekanntgegeben wird. Es handelt sich, wie der „Newport Herald“ zu wissen glaubt, um einen Betrag von 2 Milliarden Dollar. Diesen Betrag haben die Sachverständigen bereits im Verlaufe ihrer zweiwöchigen Untersuchung in Berlin ermittelt. Das in Deutschland zur Zeit befindliche flüssige Kapital wird ohne den Reservebestand der Reichsbank auf 640 Millionen Goldmark veranschlagt.

Die Arbeiten über die Goldnotenbank beendet.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsenzeitung“)
Paris, 22. Februar. Das erste Sachverständigenkomitee hat sich gestern nachmittags mit der Frage der Goldnotenbank beschäftigt und seine Arbeiten praktisch zu Ende geführt. Die französische-belgische Regierung ist mit dem wirtschaftlichen Abbau im besetzten Gebiet einverstanden, doch scheinen beide Regierungen auf eine französische Ueberwachung der deutschen Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet unbedingt Wert zu legen. Es heißt auch, daß die französische Regierung dabei insbesondere Garantien für die Besatzungstruppen in der Hand haben möchte.

lose Verlogenheit. Die Unterstellung des Saargebietes unter ein internationales Regime hat Clemenceau durch

gemeinen Betrug
erschlichen. Clemenceau hat Wilson vorgeredet, daß im Saargebiet 150 000 Franzosen lebten. Was ist von Seiten der deutschen Regierung geschieden, um eine solche Politik von Schulten zu durchkreuzen? Ich frage den Reichsminister des Auswärtigen, ob er nicht auf Grund des Versailler Vertrages die Widerergutmachung des unerhörten Betruges verlangen will, der mit dem Saargebiet getrieben wird? Die Befehung ist durch Betrug in den Versailler Vertrag hineingekommen, denn nach den Waffenstillstandsbedingungen sollten

nur einige strategische Punkte
auf dem linken Rheinufer besetzt werden. Statt der anfänglichen 70 000 Mann Besatzung sind es jetzt mehr als 180 000 Mann. Die Okkupation von Ruhrort-Duisburg hat die englische Regierung nach dem Versailler Vertrag als unbeanstandet und als eine Kriegshandlung bezeichnet. Trotzdem auch Mussolini nur finanzielle Maßnahmen haben wollte, haben Frankreich und Belgien die Ruhr besetzt gegen den Beschluß der Reparationskommission. Die Reichsregierung hat leider

nicht das Nötige zur Wahrung unserer Rechte getan.

Ueber die Verbrechen des separatistischen Gesindels halten die Franzosen ihre schützende Hand. Auf alle Klagen erwidert die Besatzungsbehörde unter Berufung auf den Versailler Vertrag, daß sie sich in innerdeutsche Verhältnisse nicht einmischen könnte. „Doch wenn der Bedrückte nirgendwo Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last, greift er hinaus getrosten Mutes in den Himmel und holt herunter keine ew'gen Rechte!“ Und meine Pfälzer Landsleute haben in den Himmel gegriffen und haben heruntergeholt ihre ewigen Rechte, mit ihrem eigenen Blut das Recht, deutsch zu sein.

Die Pfälzer verlangen Treue um Treue. Die Rede des Außenministers am Sonntag und manches andere sind nicht geeignet, alle Befürchtungen zu zerstreuen. Leider hat der Minister die Presseberichte noch nicht richtiggestellt. Das deutsche Volk will keine Beschränkungen, es will Wahrheit. Wir wollen nicht den Schein der Freiheit, sondern die Freiheit selbst!

Soweit die treffliche Rede des trefflich-deutschen Mannes Karl Hefflerich.